54. Jahrgang. № 221.

Freitag, 12. August 1910.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 2 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Im Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belege werden nicht geliefert.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Schwemmkanalisation: Planung und Ausführung von **Grundstücksentwässerungen, Klosett- und Wasserleitungsanlagen,** Einholen d. behördl. Genehmigung, Erwirkung d. Renten. Auskünfte u. Kostenanschläge unentgeltl. Tel. 402. **Friedrich Gappisch,** Mariensr. II.

Gegen üblen Mundgeruch,
zur **Reinigung** und **Konservierung** der Zähne **„Kalyform-Zahnpasta".** Tube 75 Pfg. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Dr. Ziegelroths Sanatorium
Krummhübel
im Riesengebirge.

Touristen-Bekleidung und -Ausrüstung für Damen und Herren :: empfiehlt :: Spezialgeschäft **Jos. Fiechtl** aus Tirol, Schlossstrasse 23.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, vielfach heiter.

Im Dresden-Pirnaer Sandsteinindustriegebiet haben gestern über 600 Steinmetzen die Arbeit eingestellt.

Der Verband Deutscher Kriegsveteranen beschloß, den 17. Verbandstag 1911 in Dresden abzuhalten.

Zum Nachfolger des Generals v. Spitz zum Präsidenten des Deutschen Kriegerbundes soll Generalmajor a. D. v. Fleck ausersehen sein.

Auf den Werften der Unterweser wurden über 5500 Arbeiter ausgesperrt. Darauf legten sämtliche Arbeiter auf allen Werften die Arbeit nieder. Auf den Oberwerften beträgt die Zahl der Ausgesperrten gegen 4000 Mann.

Das Befinden der Herzogin-Witwe Elisabeth von Genua hat sich so verschlimmert, daß das Aeußerste zu befürchten ist.

Die Wiederwahl des Slowenenführers Hribar zum Bürgermeister von Laibach ist von der Regierung *nicht bestätigt* worden.

Wegen Beteiligung an Eisenbahndiebstählen sind 30 Schaffner auf der Strecke Krakau—Mährisch-Ostrau verhaftet worden.

Auf die Nachricht, daß in Finnland am 1. Dezember die Wehrpflicht zwangsweise eingeführt werde, beschlossen die finnischen politischen Klubs, gegen die Wehrpflicht den Streik zu proklamieren.

Die vorläufigen Verhandlungen über Spitzbergen sind gestern abgeschlossen worden.

Mit einer französischen Bankengruppe wurde eine türkische Anleihe von 6 Mill. Pfund abgeschlossen.

Freihändlerische Morgenluft

scheinen unsere Politiker von der manchesterlichen Observanz zu wittern, die in dem englischen Selfmademan Richard Cobden — er war ursprünglich Schafhirte — ihren Herrn und Meister verehren und den nach ihm benannten Klub mit einer Art abgöttischer Verehrung bedenken, als wenn von dort aus noch einmal das Heil für die Welt kommen müßte, das sie in der Befreiung von dem „Joche des Schutzzolles" erblicken. Die Stimmung, die den Freihandelskongreß in Antwerpen beherrscht, ist bezeichnend für das Anschwellen der Hoffnungen dieser Richtung im gegenwärtigen Augenblick. Das Stadium verdrossener Niedergeschlagenheit, das unsere manchesterlichen Kreise angesichts der gesamten wirtschaftlichen Lage und ihrer durch das eigene Schwergewicht auf die weitere Betonung des schutzzöllnerischen Prinzips hindrängenden Tendenz in den letzten Jahren beherrschte, ist offenbar einer erneuten geschäftigen Regsamkeit gewichen. Ein ganzer Kranz von linksliberalen, auf den Freihandel eingeschworenen deutschen Politikern hat sich in Antwerpen eingefunden, und zum Dolmetscher ihrer gemeinsamen Gefühle hat sich der bekannte Herr Broemel gemacht, der sich zu der nur einem waschechten freisinnigen Gemütsmenschen möglichen Phrase verstieg: „Geistige Freiheit, politische Freiheit und — man höre und staune! — Freihandel gehören zusammen!" In der Tat eine absonderliche Leistung eines in grauer Theorie erstarrten Doktrinarismus! Darin offenbart sich die ganze Querköpfigkeit einer Anschauungsweise, die schlechterdings nicht begreifen kann oder will, daß Schutzzoll und Freihandel zwei Systeme von lediglich wirtschaftlichem Charakter darstellen, die mit politischen Ueberzeugungen an sich nicht das Geringste zu schaffen haben. Den konservativen Vertretern einer kräftigen Politik des Schutzes der nationalen Arbeit fällt es durchaus nicht ein, zu behaupten, daß der Schutzzoll gewissermaßen eine wirtschaftspolitische Offenbarung darstelle, außerhalb deren es unter keinen Umständen für eine konservative Staatsauffassung eine Möglichkeit zur Betätigung gebe, und in der nationalliberalen Partei herrscht bekanntlich in wirtschaftlichen Fragen weitgehende Meinungsfreiheit. Man kann gut konservativ und gut liberal sein, ohne daß man sich ein für allemal mit schutzzöllnerischen oder freihändlerischen Anschauungen zu verquicken und sich nach der einen oder anderen Richtung unabänderlich festzulegen braucht. Bei der Entscheidung darüber handelt es sich einfach um eine wirtschaftliche Zweckmäßigkeitsfrage, bei der die Konjunkturen des Weltmarktes und die hierdurch, sowie durch die eigene Entwicklungsbedürftigkeit bedingten Interessen des heimischen Gewerbefleißes in Betracht zu ziehen sind. Grundsätzlich ist daher keineswegs zu bestreiten, daß Verhältnisse denkbar sind, unter denen eine mehr oder weniger starke Abschwächung des Zollschutzes für die nationale Wirtschaftspolitik vorteilhaft und sogar notwendig sein könnte. Solange aber die allgemeine vaterländische Wohlfahrt die Aufrechterhaltung fester Zollschranken gebieterisch erfordert, sollten sich vernünftigerweise alle nationalen Politiker ohne Unterschied der engeren Parteirichtung um die Fahne des Schutzzolles scharen und gänzlich davon absehen, fern liegende Gesichtspunkte für ihre Stellungnahme heranzuziehen, wie es unsere Linksliberalen tun, wenn sie den Freihandel als eine Art von Kulturdogma verherrlichen, an das unerschütterlich zu glauben die oberste Pflicht jedes „wahrhaft liberalen" Mannes sei; ebenso wie ein solcher nach dieser seltsamen Ansicht bedingungslos gehalten sein soll, den Schutzzoll mit dem Bannfluche zu belegen und dessen Befürwortung als eine liberale Ketzerei, als eine Versündigung am geistigen und politischen Fortschritt zu betrachten.

Der Grund, der die plötzliche Lebhaftigkeit in den Reihen unserer Freihändler verursacht, ist in der Tatsache zu suchen, daß der demnächst neuzuwählende Reichstag über die Verlängerung oder Erneuerung der laufenden Handelsverträge zu entscheiden haben wird. Es ist unverkennbar, daß die allgemeine Machtverstärkung des Radikalismus, die der Gang der politischen Ereignisse neuerdings mit sich gebracht hat, in freihändlerischen Kreisen die Ueberzeugung wachruft, daß im nächsten Reichstage für ihre Zwecke etwas zu holen sein werde. Deshalb rüsten sie schon jetzt zu dem bevorstehenden handelspolitischen Feldzuge, und dabei suchen sie einen Rückhalt im Hansabunde, soweit sich in diesem ihre besondere Richtung verkörpert. Wenn man sich diesen Zusammenhang vor Augen hält, so fällt ein eigentümliches Schlaglicht auf den anscheinend unvermittelt vollzogenen und deshalb zunächst überraschend wirkenden Frontangriff, den der Hansabund gegen den Bund der Landwirte unternommen hat. Das parteiamtliche konservative Organ faßt den Vorstoß in dem Sinne auf, daß diejenigen Elemente, die den Hansabund gegründet haben und die ihn in erster Linie stützen und alimentieren, ein wesentliches Interesse daran hätten, in den neuen Handelsverträgen eine Herabsetzung des landwirtschaftlichen Schutzzolles zu erwirken; daraus erkläre sich die scharfe und skrupellose Bekämpfung des Bundes der Landwirte als eines hervorragend zielbewußten und einflußreichen Faktors der schutzzöllnerischen Mehrheit ohne weiteres.

Durch nichts kann die für unsere gesamte vaterländische Entwicklung mit dem „Ruck nach links" verbundene Gefahr so eindringlich zum allgemeinen patriotischen Bewußtsein gebracht werden, wie durch die damit verknüpfte Bedrohung unserer auf den Schutz der nationalen Arbeit gerichteten Wirtschaftspolitik. Es ist einfach eine krasse Unwahrheit, wenn Herr Broemel in Amsterdam kaltlächelnd behauptet, daß der Schutzzoll dem Deutschen Reiche zum Unheil gereicht habe. Das Gegenteil ist richtig, wie ein Blick auf die Ergebnisse der verflossenen dreißig Jahre schutzzöllnerischer Nationalwirtschaft lehrt. Während der Freihandel zuletzt alljährlich eine Viertelmillion deutsche Staatsbürger mangels genügender Erwerbsgelegenheit aus dem Lande trieb, ist die Auswanderungsziffer im letzten Jahrzehnt auf rund 20 000 Personen jährlich gesunken und trotz des enormen Bevölkerungszuwachses seit 1880 haben auch noch viele Hunderttausende ausländische Arbeiter in deutschen Landen lohnende Beschäftigung gefunden. Gleichzeitig hat sich der Wert der deutschen Einfuhr seit 1880 mehr als verdoppelt, der Wert der Ausfuhr nahezu verdreifacht, und Volksvermögen und Nationaleinkommen sind bei uns derartig gestiegen, daß wir darauf und daran sind, den Vorsprung einzuholen, den England mit seinem gewaltigen Nationalreichtum gegenwärtig noch vor uns voraus hat. Erwägt man zu alledem noch, daß unsere Schutzzollpolitik uns die Möglichkeit gegeben hat, verschiedene schwere wirtschaftliche Krisen ohne nachhaltige Erschütterungen unseres nationalen Wohlstandes zu überwinden, so kann das Urteil über die Segnungen, die uns die Politik des Schutzes der nationalen Arbeit gebracht hat, nicht zweifelhaft sein. Ebenso wenig aber kann unter ernsthaften patriotischen Politikern eine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß die wirtschaftliche Weltlage nach wie vor das Festhalten an der Schutzzollpolitik für uns zur unumgänglichen Notwendigkeit macht. Daraus ergibt sich dann von selbst der Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen Sammelpolitik, auf deren Grundlage sich die Rechte und die gemäßigte Linke wieder wie ehemals bei den zollpolitischen Kämpfen 1901/02 zusammenfinden müssen. Von dieser Erkenntnis ist eine Auslassung eines nationalliberalen Blattes geleitet, die deshalb besonders bemerkt zu werden verdient, weil das Organ dem Hansabunde nahesteht. Es „verurteilt scharf die von einem Teile des genannten Bundes betriebene Agitation gegen die Schutzzollpolitik, spricht von „grotesken Uebertreibungen demagogischen Beigeschmacks" und verlangt Widerspruch dagegen aus den Kreisen des Hansabundes selbst. Dieselben „Saarbrücker Neuesten Nachrichten" treten auch energisch für den landwirtschaftlichen Schutzzoll ein, „der längst zu einem der wesentlichsten Züge der wirtschaftlichen Selbsterhaltungspolitik des Deutschen Reiches geworden sei". In dieser verständigen, die realpolitischen Forderungen des Tages scharf erfassenden Stellungnahme tritt wahrhaft gemäßigt liberaler Geist zutage, dessen Herrschaft die nationalliberale Partei auf der ganzen Linie sich unterwerfen muß, wenn sie einen festen und zuverlässigen Halt in ihrer jetzigen Krise finden will. Kein Nationalliberaler von heute, in dem die Traditionen der durch und durch nationalen und staatserhaltenden Politik Bennigsens noch halbwegs lebendig sind, wird zugeben können, daß durch den „Ruck nach links" das hohe vaterländische Gut des Schutzes der nationalen Arbeit gefährdet wird. Je drohender eine solche Möglichkeit in die Erscheinung tritt, desto nachdrücklicher wird auch der gemäßigte Liberalismus an seine patriotische Pflicht gemahnt, das Tischtuch zwischen sich und den linksliberalen Freihändlern ohne weiteres Zagen und Zaudern zu zerschneiden, um endlich eine völlig klare Situation zu schaffen.

Gegründet 1803. **Egermann & Co.** Internationales Speditionsbureau
Bodenbach Tetschen Laube
Spezialabteilung für Grenzverzollung nach Oesterreich.

Neueste Drahtmeldungen

vom 11. August

Werftarbeiterbewegung.

Bremen. Auf der Werft des Bremer „Vulkan" in Vegesack sind heute mittag 12 Uhr etwa 900 Arbeiter, in der Norddeutschen Maschinen- und Armaturenfabrik in Bremen etwa 700, auf der Werft von Tecklenborg in Geestemünde etwa 800, auf der Werft von Seebeck in Bremerhaven etwa 400 und auf der Werft von Nickmers in Bremerhaven etwa 280 Arbeiter ausgesperrt worden. Bei der Aktiengesellschaft „Weser" in Bremen erfolgt die Aussperrung heute abend und umfaßt 2400 Arbeiter.

Bremen. (Priv.-Tel.) Nachdem heute auf allen Werften des unteren Wassergebiets die angekündigten Aussperrungen vorgenommen worden sind, legten sämtliche Arbeiter auf allen Werften die Arbeit nieder. Die Ruhe ist nirgends gestört.

Stettin. Die Gesamtzahl der von den Schiffswerften „Vulkan", Oderwerke, Nüske u. Co. ausgesperrten Arbeiter beläuft sich auf etwa 3765 Mann. Auf der Nüskeschen Werft hat sich der Rest der Arbeiter, etwa 175 Mann, mit den Ausgesperrten solidarisch erklärt.

Düsseldorf. (Priv.-Tel.) In den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie ist man übereingekommen, die von den Seeschiffswerften Hamburg, Bremerhaven, Bremen, Flensburg, Kiel, Lübeck, Stettin abwandernden Arbeiter nicht zu beschäftigen.

Luftschiffahrt.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Zum Ueberlandflug Frankfurt a. M.—Mannheim liegen bis jetzt Meldungen vor von zwei Piloten der Berliner Wright-Gesellschaft, ferner von Jeannin, Lochner, Mamm, Tiedemann und Wieneziers.

Mezières. Der Flieger Aubrun ist, von Chalons kommend, um 9 Uhr 25 Min. hier eingetroffen.

Studienreise deutscher Studenten.

London. (Priv.-Tel.) Ueber Bremen und Southampton sind gestern etwa 70 Studenten aus Berlin, München, Leipzig, Marburg, Göttingen, Münster, Bonn, Dresden, Freiburg, Aachen, Kiel und Charlottenburg in London eingetroffen, um soziale und wirtschaftliche Verhältnisse in England zu studieren. Die Studenten werden mehrere Wochen in London verweilen und zum Teil bei befreundeten Familien wohnen.

Finnlands Ende

Petersburg. (Priv.-Tel.) Auf die in Helsingfors eingetroffene Nachricht, daß die russische Regierung am 1. Dez. in Finnland die Wehrpflicht zwangsweise einführen wird, beschlossen sämtliche politischen Klubs und Parteileitungen Finnlands, gegen die Wehrpflicht den Streik zu proklamieren. In Massenaufrufen werden sämtliche militärpflichtigen Finnländer aufgefordert, der Stellung der Assentkommissionen keine Folge zu leisten. Es machen sich schon jetzt umfassende militärische Vorbereitungen zur Durchführung der Zwangsaushebung in Finnland bemerkbar.